

2.3

Politische Partizipation: Frauen in politischen Ämtern und Positionen



Einleitung

Solange die Schweizerinnen kein kantonales und eidgenössisches Stimm- und Wahlrecht hatten, konnten sie sich einzig in Frauenorganisationen und Berufsverbänden politisch engagieren. In einigen wenigen Kantonen durften sie überdies Einsitz in die Kommissionen der Schul-, Armen- und Kirchenpflege und gewisse andere Behörden nehmen. In diesen Bereichen holten sich die ersten Politikerinnen, die Ende der sechziger Jahre und anfangs der siebziger Jahre auf kommunaler und kantonaler Ebene gewählt wurden, ihr politisches Rüstzeug. Seit die Frauen 1971 endlich in die Arena der eidgenössischen Politik einziehen konnten, sind sie langsam in Parteifunktionen, Parlamente, Exekutiven und andere politische Ämter vorgerückt. Im europäischen Vergleich bewegt sich der Frauenanteil im Nationalrat mit 23.5% (Wahlen 1999) heute im oberen Mittelfeld: Höhere Quoten weisen die skandinavischen Länder und die Niederlande (zwischen 36% und 42.7%) sowie Deutschland (30.9%), Spanien (28.3%) und Österreich (26.8%) auf. Trotz dieser Fortschritte bleiben die Schweizerinnen aber auf allen politischen Ebenen krass untervertreten – und dies, obwohl sie in der Wohnbevölkerung wie auch unter den Wahlberechtigten die Mehrheit ausmachen.

Die geringere Teilhabe der Frauen in der Politik hat vielfältige Ursachen. Eine davon liegt in der hauptsächlichen Zuständigkeit der Frauen für die Familie und damit für gesellschaftliche Pflichten, die sie weniger disponibel für eine politische Karriere machen. Frauen haben auch schlechtere Zugangschancen zur Politik, weil sie gesamthaft gesehen im Erwerbsleben niedrigere Positionen einnehmen als Männer und in wirtschaftlichen Interessenorganisationen schlechter vertreten sind. Zudem können sie, was ihre politische Profilierung anbelangt, noch kaum auf Vorbilder oder eine Tradition zurückgreifen. Weiter ziehen es viele Frauen vor, sich in ausserparlamentarischen Organisationen oder ehrenamtlich im sozialen oder kirchlichen Bereich zu engagieren.

**Frauen · Macht · Geschichte**Zur Geschichte der Gleichstellung
in der Schweiz 1848 – 2000**2 Politik****2.3 Politische Partizipation****Eidgenössische Wahlen 1971 bis 1999:
Anteil der Frauen unter den Gewählten**

	1971	1975	1979	1983	1987	1991	1995	1999
Nationalrat								
	10 (5%)	15 (7.5%)	21 (10.5%)	22 (11%)	29 (14.5%)	35 (17.5%)	43 (21.5%)	47 (23.5%)
Ständerat								
	1 (2.2%)	0	3 (6.5%)	3 (6.5%)	5 (10.9%)	4 (8.7%)	8 (17.5%)	9 (19.6%)



Chronologie

- 1940–60** Dank Wahl- oder Schulgesetzrevisionen nehmen einzelne Frauen Einsitz in die oberen Schul- und Richterbehörden. So wird etwa im Kanton Aargau 1942 mit Anny Gerster-Simonett die erste Erziehungsrätin, 1953 in Basel-Stadt mit Hilde Véréne Borsinger die erste Strafrichterin der Schweiz gewählt.
- 1958–71** Die ersten Politikerinnen nehmen ihre Plätze in den Parlamenten und Regierungen jener wenigen Kantone und Gemeinden ein, die den Frauen das Stimm- und Wahlrecht gewähren (vgl. 2.2 Teilrechte in den Kantonen). Zu den Pionierinnen gehören Trudy Späth-Schweizer (1958 erste Frau in einer Gemeinderegierung: Riehen BS), Hélène Dubied-Chollet (1960 erste Frau in einem Gemeindeparlament: Colombier NE), Raymonde Schweizer (1960 erste Frau in einem Kantonsparlament: Neuenburg), Emma Kammacher (präsidiert 1965 als erste Frau ein Kantonsparlament: Genf), Margrit Aeschlimann (präsidiert als erste Frau in der Schweiz ein Gemeindeparlament: Thonex GE), Lise Girardin (1968 erste Stadtpräsidentin der Schweiz: in Genf).
- 1971** Bei den ersten eidgenössischen Wahlen mit Frauenbeteiligung werden 10 Frauen (5%) in den Nationalrat gewählt: Elisabeth Blunschy-Steiner (CVP, Schwyz), Hedi Lang-Gehri (SP, Zürich), Josi J. Meier (CVP, Luzern), Gabrielle Nanchen (SP, Wallis), Martha Ribi-Raschle (FDP, Zürich), Tilo Frey (FDP, Neuenburg), Liselotte Spreng (FDP, Fribourg), Hanny Thalmann (CVP, St. Gallen), Lilian Uchtenhagen-Brunner (SP, Zürich), Nelly Wicky (PdA, Genf). Genf schickt mit Lise Girardin (FDP) die erste Ständerätin nach Bern.
- 1972** Im Dezember wählt die Bundesversammlung Margrith Bigler-Eggenberger zur Ersatzrichterin am Obersten Gericht in Lausanne. Sie ist die erste Frau am Bundesgericht.
- 1975** Anlässlich der eidgenössischen Wahlen wird in Zürich eine reine Frauenliste, u.a. mit Lydia Benz-Burger und Susanna Woodtli, in den Wahlkampf geschickt, was Aufsehen erregt. Es wird aber keine Frau aus dieser Liste in die grosse Kammer gewählt.
- 1977** Elisabeth Blunschy (CVP, Schwyz) präsidiert als erste Frau den Nationalrat.
- 1979** Eidgenössische Wahlen: In den Nationalrat werden 21 Frauen (10.5%) gewählt. Im Ständerat nehmen 3 Frauen Einsitz (6.5%).
- 1983** Hedi Lang (SP) wird in den Regierungsrat des Kantons Zürich gewählt und ist damit die erste Frau in einer kantonalen Exekutive.
- Die Zürcherin Lilian Uchtenhagen wird nicht zur ersten Bundesrätin gewählt. Die mehrheitlich bürgerliche Bundesversammlung wählt am 7. Dezember anstelle der offiziellen SP-Kandidatin Otto Stich (SP, Solothurn) zum Bundesrat. Vielfältiger Protest der Frauen. Die jurassische Frauenvereinigung «Association féminine pour la défense du Jura» lanciert eine Initiative für die Wahl des Bundesrats durch das Volk (eingereicht 1985; zurückgezogen 1987).



Seit 1983 werden prozentual mehr Deutsch- als Westschweizerinnen in die eidgenössischen Räte gewählt. 1991 werden es zweieinhalbmal mehr sein. Gleichzeitig steigt der Frauenanteil der rot-grünen Parteien, während er bei den bürgerlichen Parteien stagniert oder nur wenig ansteigt. Seit 1983 stammen zwischen 55–60% der gewählten Frauen aus den Reihen von SPS und POCH/Grüne, obwohl deren Sitzanteil im Nationalrat zusammen nur 26–28% beträgt.

- 1984** Am 2. Oktober wird Elisabeth Kopp (FDP, Zürich) als erste Frau in den Bundesrat gewählt.
- 1986** Keine zweite Bundesrätin. Judith Stamm (CVP, Luzern), die im Alleingang für den Bundesrat kandidiert hat, wird am 10. Dezember nicht gewählt. Als CVP-Bundesräte wählt die Bundesversammlung Arnold Koller und Flavio Cotti.
- 1987** Eva Segmüller übernimmt das Präsidium der CVP Schweiz (bis 1992). Damit steht erstmals eine Frau an der Spitze einer Bundesratspartei.
- Die Aargauer Nationalrätin Ursula Mauch wird zur neuen Fraktionspräsidentin der Sozialdemokratischen Partei gewählt. Sie steht als erste Frau einer Fraktion in der Bundesversammlung vor.
 - Für die bevorstehenden Nationalratswahlen kommt es nach heftigen parteiinternen Diskussionen in zwei Kantonalparteien zu getrennten Frauen- und Männerlisten: bei der Sozialdemokratischen Partei des Kantons Bern und der Freisinnig-Demokratischen Partei Solothurn.
- 1989** Nachdem Anfang Januar gegen Bundesrätin Elisabeth Kopp eine Strafuntersuchung wegen Verletzung des Amtsgeheimnisses eingeleitet worden ist, tritt sie zurück.
- Am 1. Februar wählt die Bundesversammlung Kaspar Villiger (FDP, Luzern) als Nachfolger von Elisabeth Kopp. Die von der LdU- und EVP-Fraktion vorgeschlagene Monika Weber (LdU, Zürich) geht leer aus.
 - Postulat von Nationalrat Helmut Hubacher (SP, Basel-Stadt) vom 12. Juni: Der Bundesrat soll prüfen, wie der Frauenanteil in den eidgenössischen Expertenkommissionen erhöht werden kann. Von den rund 370 Kommissionen werden nur 4% von Frauen präsiert, und nur 8% der Kommissionsmitglieder sind weiblich. In der Fragestunde doppelten die Nationalrätinnen nach: Mit 21 Vorstössen setzen sie sich für eine gerechtere Vertretung der Frauen ein. Der Bundesrat bekräftigt seinen guten Willen.

Zwanzig Jahre nach Einführung des Frauenstimm- und -wahlrechts auf eidgenössischer Ebene entlädt sich der Unmut über die krasse Untervertretung der Frauen in der Politik. 1991 wird zum Aufbruchjahr: Die Vorstösse und Aktionen für einen Geschlechterproporz in der Politik mehren sich.

**1990**

Gesamtschweizerisch sind in den Gemeindeexekutiven nur 8.4% der Sitze von Frauen besetzt. Allerdings gibt es zwischen den Kantonen sehr grosse Unterschiede: Den Schlusslichtern Appenzell Innerrhoden (0%) und Uri (2.6%) stehen auf der andern Seite die Kantone Genf (18.5%), Jura (11.9%) und Bern (11.5%) gegenüber.

-

Im Frühjahr 1990 erscheint der Bericht der Eidgenössischen Kommission für Frauenfragen «Nehmen Sie Platz, Madame». Er zeigt auf, dass die Frauen rund 20 Jahre nach Einführung des Frauenstimm- und -wahlrechts in allen Parlamenten immer noch drastisch untervertreten sind.

-

Die Einführung von Geschlechterquoten (mindestens 40%) für Bundesrat, Parlament, Bundesgericht und die ausserparlamentarischen Kommissionen wird in zwei parlamentarischen Initiativen gefordert (SP-Nationalratsfraktion; Susanne Leutenegger Oberholzer, Grüne Partei Basel; 20. Juni).

-

Die Partei der Arbeit lanciert am 14. September das Volksbegehren «Männer und Frauen»: In den Behörden von Bund, Kantonen und Gemeinden sollen höchstens 60% der Mitglieder dem gleichen Geschlecht angehören. Die Volksinitiative kommt nicht zustande.

1991

Lancierung des Volksbegehrens «Nationalrat 2000» durch verschiedene Frauenorganisationen (u.a. Katholischer Frauenbund, Evangelischer Frauenbund, Verband für Frauenrechte, Frauen für den Frieden, OFRA). Die Initiative verlangt die gleiche Anzahl Frauen und Männer im Nationalrat. Sie scheitert Ende 1991 mangels genügend Unterschriften.

-

Frauensession im Nationalratssaal am 7./8. Februar: Im Jubiläumsjahr «700 Jahre Eidgenossenschaft» und aus Anlass von 20 Jahren Frauenstimm- und -wahlrecht sowie 10 Jahren Gleichstellungsartikel in der Verfassung nehmen die rund 250 Teilnehmerinnen eine Standortbestimmung vor. Sie verabschieden eine Resolution mit konkreten frauenpolitischen Forderungen wie zivilstandsunabhängige Altersrente, Betreuungsbonus in der AHV, gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit, stärkere Frauenvertretung in sämtlichen politischen Gremien, mehr Hausarbeit für Männer und bessere Erwerbsmöglichkeiten für Frauen.

-

14. Juni: Frauenstreiktag. Zum 10. Jahrestag der Annahme des Verfassungsartikels «Gleiche Rechte für Mann und Frau» hat der Schweizerische Gewerkschaftsbund mit dem Slogan «Wenn Frau will, steht alles still» zu einem Frauenstreik aufgerufen. Der Bund Schweizerischer Frauenorganisationen spricht sich gegen den Streiktag aus. Neben zahlreichen Arbeitsniederlegungen finden im ganzen Land viele phantasievolle Aktionen statt. Schätzungen gehen von rund einer halben Million Frauen aus, die sich in irgendeiner Form beteiligt haben. Der Frauenstreik erhält international Beachtung.



Frauen · Macht · Geschichte

Zur Geschichte der Gleichstellung
in der Schweiz 1848 – 2000

2 Politik

2.3 Politische Partizipation

Vermeehrt geschlechtergetrennte Listen bei den Nationalratswahlen: FDP Solothurn; SP Zürich, Bern, Fribourg, Genf; Grünes Bündnis Kanton St. Gallen; Schweizer Demokraten Basel-Land. Der Frauenanteil unter den Kandidierenden ist mit 32.6% höher als je zuvor (1987: 29.3%). Trotz Frauensession und Frauenstreik ergibt sich kein bedeutender Sitzzuwachs für die Frauen bei den eidgenössischen Wahlen (vgl. Tabelle in der Einleitung). Mit Josi J. Meier wird am 25. November erstmals eine Frau zur Präsidentin der kleinen Kammer gewählt.

1991/92

Erst rund 20 Jahre nach Einführung des Stimm- und Wahlrechts für Frauen werden die zweite und dritte Frau ins Bundesgericht gewählt: Kathrin Klett 1991 und als erste Westschweizerin Danielle Yersin im Jahr 1992. Damit setzt sich das Bundesgericht aus 3 Frauen und 27 Männern zusammen.

1992

Der Nationalrat lehnt am 30. Januar mit Zweidrittelsmehrheit die parlamentarischen Initiativen ab, die eine 40%-Quote der Frauen im Parlament forderten. Eine Quoten-Initiative im Ständerat erfährt das gleiche Schicksal.

-

Der Frauenanteil in den ausserparlamentarischen Expertenkommissionen beträgt im März rund 15% (1989: 8%). Der Bundesrat legt per 1. April in den revidierten Kommissionsrichtlinien eine Frauenquote von vorerst 30% fest, die aber in keinem Departement erreicht wird. Als längerfristiges Ziel ist in den Richtlinien die paritätische Vertretung der Geschlechter formuliert.

-

Nachdem die Initiative «Nationalrat 2000» gescheitert ist (vgl. 1991), werden die 30 000 Unterschriften als Petition bei der Bundeskanzlei deponiert.

1993

Mit einer parlamentarischen Initiative verlangt Rosmarie Bär (Grüne Partei, Bern) am 1. März die angemessene Vertretung beider Geschlechter im Bundesrat.

-

Christiane Brunner wird nicht zur Bundesrätin gewählt. Statt der offiziellen SP-Kandidatin, Nationalrätin und ersten SMUV-Präsidentin wählt die Bundesversammlung am 3. März den Neuenburger SP-Staatsrat Francis Matthey zum Bundesrat, der auf Druck seiner Fraktion die Wahl nicht annimmt. Landesweite Empörung und Proteste. Die SP-Fraktion geht mit einer Zweierkandidatur – Christiane Brunner und Ruth Dreifuss – in die zweite Wahlrunde. Die Gewerkschaftssekretärin Ruth Dreifuss (SP, Genf) wird am 10. März im dritten Wahlgang zur Bundesrätin gewählt. Vor dem Bundeshaus demonstrieren rund 10 000 Frauen und Männer für den Frauenanspruch im Bundesrat. In der Folge bildet sich das Initiativkomitee «Frauen in den Bundesrat» und lanciert im Herbst die Volksinitiative «Für eine gerechte Vertretung der Frauen in den Bundesbehörden (Initiative 3. März)», später bekannt als «Quoten-Initiative» (vgl. 1995).

Der «Brunner-Effekt» hat nachhaltige Auswirkungen und mobilisiert die Frauen in den Gewerkschaften und Parteien. Bei den nachfolgenden Wahlen in die kantonalen Parlamente steigt der Frauenanteil spürbar an.



- 1993** Die Vertreterinnen der unabhängigen Frauenlisten vernetzen ihre Arbeit auf nationaler Ebene und entwickeln für die Nationalratswahlen 1995 eine gemeinsame Strategie. Die CVP-Frauen Schweiz bekräftigen am 22. März ihren Anspruch auf eine Bundesrätin bei der nächsten CVP-Nachfolgewahl und auf eine Frauenquote von mindestens 30%. Die SP-Frauen fordern am 10. Mai eine parteiinterne Frauenquote von 40% und wollen die Tagespolitik der Partei künftig auf «Frauenverträglichkeit» hin prüfen.
- 1994** Als erste Bundesratspartei ernennt die Schweizerische Volkspartei (SVP) am 17. März eine Frau zur Generalsekretärin: die Juristin Myrtha Welti.
- Die Tessiner Staatsanwältin Carla del Ponte tritt am 1. April ihr neues Amt in der Bundesanwaltschaft an. Sie ist die erste Bundesanwältin.
 - Der Nationalrat will keine Frauenquote im Bundesrat und lehnt den entsprechenden Vorstoss von Rosmarie Bär (Grüne Partei, Bern) ab. Gleichzeitig werden die parlamentarischen Initiativen für eine Volkswahl des Bundesrats abgelehnt.
- 1995** Am 22. März wird die anlässlich der Nichtwahl von Christiane Brunner lancierte Initiative «Für eine gerechte Vertretung der Frauen in den Bundesbehörden» («Initiative 3. März» oder «Quoteninitiative») mit 110 000 Unterschriften eingereicht (vgl. 1993). Das Volksbegehren verlangt rund 50% Frauen in National- und Ständerat, mindestens drei Bundesrätinnen, wenigstens 40% Frauen im Bundesgericht und eine ausgewogene Vertretung beider Geschlechter in den Verwaltungen, besonders beim Bund.
- Im Mai stehen in den kantonalen Exekutiven 19 Frauen (11.4%) 147 männlichen Kollegen gegenüber.
 - Nachdem sich das Berner Stadtparlament am 28. April mit 40 gegen 31 Stimmen für eine Geschlechterquote von 40% im Parlament ausgesprochen hat, wird die Vorlage am 11. September von den Stimmenden mit 68% Nein-Stimmen verworfen. Auch in andern Kantonen scheitern Vorstösse für eine Geschlechterquote in den politischen Ämtern.
 - Erstmals stellen die Frauen mit 34.9% mehr als ein Drittel der Kandidierenden für die Nationalratswahlen. Den höchsten Frauenanteil weist Basel-Stadt mit 50% auf, den tiefsten Schwyz mit 14%. Geschlechtergetrennte Listen präsentieren die CVP der Kantone St. Gallen, Aargau, Waadt; die Sozialdemokratischen Parteien in Bern, Fribourg, St. Gallen, Thurgau und Genf; die Grüne Partei St. Gallen und Thurgau. In den Kantonen Zürich, Luzern, Basel, Graubünden und Aargau gibt es unabhängige feministische Frauenlisten. Wie sich zeigen wird, sind die Wahlchancen der Frauen jedoch fast zweimal geringer als die der Männer, wobei nach Partei und Sprachregion differenziert werden muss. Die Frauen haben einzig bei den Grünen bessere Wahlchancen als die Männer, und in der deutschen Schweiz sind ihre Wahlchancen doppelt so gross wie in der westlichen Schweiz. Im Tessin ist seit 1979 keine Frau mehr direkt in den Nationalrat gewählt worden. Bei den Eidgenössischen Wahlen vom 22. Oktober steigern die Frauen ihren Anteil im Nationalrat von bisher 17.5 auf 21.5%. Einer bürgerlichen Bundesratspartei (FDP, CVP und SVP) gehören 37% der gewählten Frauen an und 58% einer rot-



grünen Partei (SPS, GPS und FGA). Auch im Ständerat erhöht sich der Frauenanteil auf acht (17.5%) Sitze (1991: vier). Erstmals werden die Kantone Genf und Zürich durch je zwei Frauen im Ständerat vertreten.

-

Den Vorsitz der ständigen Kommissionen von National- und Ständerat führen fast ausschliesslich Männer. Nur drei der zwölf Nationalratskommissionen werden von Frauen geleitet, bei den zwölf Ständeratskommissionen sind alle Präsidien in Männerhand.

-

Mit Ursula Widmer-Schmid (FDP) wählt die Bundesversammlung am 21. Dezember erstmals eine Frau zur Präsidentin des Eidgenössischen Versicherungsgerichts. Sie ist seit 1984 als einzige Frau unter den neun vollamtlichen Richtern tätig.

1996

Der Bundesrat wählt am 21. Dezember die Genfer Professorin Rajna Gibson-Asner und die Luzerner Anwältin Heidi Pfister-Ineichen als erste Frauen in die Eidgenössische Bankenkommision.

1997

Der Bundesrat empfiehlt am 17. März die Volksinitiative «für eine gerechte Vertretung der Frauen in den Bundesbehörden» (Quoten-Initiative), die eine paritätische Besetzung von Parlament, Bundesrat und Bundesgericht fordert, ohne Gegenvorschlag zur Ablehnung. Begründung: Die rigide Quotenregelung schränke die Wahlfreiheit übermässig ein.

-

Mit der Zulässigkeit einer Quotenregelung befasst hat sich erstmals die I. Öffentlich-rechtliche Abteilung des Bundesgerichts, in der sieben Männer sitzen. Die Bundesrichter erklären die Solothurner Volksinitiative «Für eine gleichberechtigte Vertretung der Frauen und Männer in den kantonalen Behörden» («Initiative 2001») für ungültig (Urteil vom 19. März) und bestätigen damit das Verdikt des Solothurner Kantonsrats vom 13. Februar 1996. Das Volksbegehren hatte entsprechend dem Frauenanteil in der Bevölkerung verlangt, 3 der 5 Regierungsmandate und 73 von 144 Kantonsratssitzen mit Frauen zu besetzen. Richterliche Begründung: Eine solche Regelung verstosse in unverhältnismässiger Weise gegen das Verbot der Geschlechterdiskriminierung und den Grundsatz des gleichen Wahlrechts für alle.

1998

Christiane Langenberger, FDP-Nationalrätin aus der Waadt, unterliegt bei der Bundesratswahl vom 12. März ihrem Parteikollegen Pascal Couchepin. Somit kommt vorerst keine zweite Frau in den Bundesrat.

-

Im Hinblick auf die eidgenössischen Wahlen 1999 lanciert die Eidg. Kommission für Frauenfragen im Mai ein überparteiliches 12-Punkte-Manifest «Mehr Frauen ins Parlament!», das von den Frauen der Bundesratsparteien, der Grünen und der EVP mitgetragen wird. Die Parteien werden aufgefordert, sich mittels Förderungsmassnahmen konsequent einzusetzen für eine paritätische Vertretung von Frauen und Männern auf allen Ebenen.



Der Bundesrat lehnt die «Initiative 3. März» (Quoteninitiative) ohne Gegenvorschlag ab (vgl. 1997). Der Nationalrat hingegen will die Parteien bei den drei kommenden Nationalratswahlen dazu verpflichten, mindestens ein Drittel Frauen auf die Listen zu setzen. Weil der Ständerat das Geschäft nicht schnell genug behandelt, ist eine Einführung auf die Wahlen 1999 nicht mehr möglich. Eine Quote für den Bundesrat lehnen beide Kammern ab.

- Die Genfer Sozialdemokratin Ruth Dreifuss wird im Dezember von der Bundesversammlung für das Jahr 1999 zur ersten Bundespräsidentin der Schweiz gewählt.

1999

Am 11. März wird die 35-jährige Appenzeller Finanzdirektorin Ruth Metzler (CVP) in den Bundesrat gewählt. Sie übernimmt das Justiz- und Polizeidepartement. Damit sitzen erstmals zwei Frauen in der höchsten Schweizer Exekutive.

- Im Kanton Uri wird die Wahlchanceninitiative am 13. Juni von den Stimmberechtigten abgelehnt. Die Initiative verlangte u.a. eine Drittelsquote für beide Geschlechter in nicht direkt vom Volk gewählten Gremien. Das Volksbegehren war 1997 vom Urner Landrat für ungültig erklärt worden, doch das Bundesgericht hob 1998 diesen Entscheid teilweise auf, so dass die gültigen Teile der Initiative zur Abstimmung gelangten.

- Beide Kammern lehnen die Volksinitiative «Für eine gerechte Vertretung der Frauen in den Bundesbehörden» (Quoteninitiative, siehe oben) ab. Auch der von Nationalrat initiierte und vom Bundesrat unterstützte indirekte Gegenvorschlag, eine Drittelsquote auf den Wahllisten für die Wahlen 2003 und 2007 einzuführen, wird vom Ständerat abgelehnt.

- Die Wahlanleitung für die Nationalratswahlen, die jeweils von der Bundeskanzlei an Kantone, Gemeinden, Schulen und Parteien versandt wird, enthält zum ersten Mal Informationen über die Vertretung der Frauen im Nationalrat und bei den Parteien sowie Hinweise, wie die Wahlchancen der Frauen verbessert werden können. Die von der Eidgenössischen Kommission für Frauenfragen angeregte Wahlkampagne zugunsten von Frauen kann nicht durchgeführt werden, weil das Parlament den Finanzkredit für einen Testlauf verweigert.

- Bei den Nationalratswahlen kandidieren erstmals weniger Frauen als bei den vorangegangenen Wahlen. Nach der Wahl vom 24. Oktober liegt der Frauenanteil mit 23.5% zwar etwas höher als 1995, gegenüber der effektiven Frauenvertretung in der grossen Kammer kurz vor den Wahlen (24%) bedeutet dies jedoch einen leichten Rückgang. Auch bei den Ständeratswahlen ist der Zuwachs bescheiden (1 Sitz).

- Das eidgenössische Parlament wählt im Dezember die bisherige Generalsekretärin der Bundesversammlung, Annemarie Huber-Hotz, zur ersten Bundeskanzlerin.



Frauen · Macht · Geschichte

Zur Geschichte der Gleichstellung
in der Schweiz 1848 – 2000

2 Politik

2.3 Politische Partizipation

2000 Die Quoteninitiative (siehe oben) scheitert am 12. März in der Volksabstimmung mit einem Nein-Stimmenanteil von 82%. Die Frauen stimmen der Initiative knapp dreimal so häufig (28%) zu wie die Männer (11%).

Im Gegensatz zum nationalen Parlament, wo sich bezüglich Frauenvertretung wenig bewegt hat, sind die Frauenanteile in den Exekutiven in den letzten Jahren deutlich gewachsen. Von Mai 1995 bis Ende 1999 stieg die Zahl der Regierungsrätinnen von 19 auf 33. Der Frauenanteil in sämtlichen Kantonsregierungen erhöhte sich damit von 11 auf 20%. Etwas niedriger ist der Frauenanteil in den Gemeindeexekutiven. 1998 betrug er gesamtschweizerisch 18.4%, 20% in der Deutschschweiz, 17% in der Roman- die und 13.4% im Tessin. Im Bundesrat beträgt der Frauenanteil seit 1999 28.6%.

**Vgl. auch: 2.1 Stimm- und Wahlrecht für Frauen,
2.2 Teilrechte in den Kantonen, 1 Frauenbewegung.**



Literaturhinweise

- Bundesamt für Statistik:
Der lange Weg ins Parlament.
Die Frauen bei den Nationalratswahlen von 1971 bis 1991.
Im Anhang: Die Frauen in den kantonalen Parlamenten (1961–1994). Bern 1994.
- Bundesamt für Statistik:
Die Frauen bei den Nationalratswahlen 1999.
Entwicklung seit 1971. Neuchâtel 2000.
- Bundesamt für Statistik:
Die Frauen in den Exekutiven der Schweizer Gemeinden 1997.
Bern 1997.
- Eidg. Kommission für Frauenfragen (Hg.): **Nehmen Sie Platz, Madame.**
Die politische Repräsentation der Frauen in der Schweiz. Bern 1990.
- Eidg. Kommission für Frauenfragen (Hg.): **Frauen ins Parlament!**
Ein Leitfaden für Parteien, Frauenorganisationen und Medien zu den Eidg. Wahlen 1995.
Bern 1994.
- Eidg. Kommission für Frauenfragen (Hg.):
Die Kandidatinnen in den Medien.
Geschlechtsspezifische Medienanalyse zu den Eidg. Wahlen 1995.
Bern 1996.
- **Mehr Frauen ins Parlament!**
Überparteiliches Manifest zu den eidgenössischen Wahlen 1999. 25. Mai 1998. Lanciert von der Eidgenössischen Kommission für Frauenfragen. Abgedruckt in: Frauenfragen 1.1999, S. 23–24.
- Meuli Urs, Ladner Andreas:
Frauen in den Gemeindeexekutiven 1988–1998.
Zürich 2000.
- Ruckstuhl Lotti: **Frauen sprengen Fesseln.**
Hindernislauf zum Frauenstimmrecht in der Schweiz. Bonstetten [1986].
- Schweizerische Vereinigung für politische Wissenschaft (Hg.):
Schweizerisches Jahrbuch für Politische Wissenschaft.
Band 34: Frauen und Politik. Bern 1994.
- Union Interparlementaire:
Les femmes et le pouvoir politique.
Genève 1992.

Bildnachweis: La Chaux-de-Fonds 1960: Raymonde Schweizer nimmt als erste Frau
Einsatz in ein Kantonsparlament. Foto aus: Ruckstuhl, Frauen sprengen Fesseln.